

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Sebr. Krauß, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Landesregierungen Sachsen, Preußen, Mecklenburg und Brandenburg.

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn in der Woche vom 8. 6. 14. September 1 600 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 8 500 000.— M., Einzelnummer 800 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Komparatizelle 400 000.— M., auswärts 450 000.— M., die 8spalt. Zeile 1 000 000.— M., auswärts 1 100 000.— M., 1 000 000 u. 4 800 000 M. Bei mehrmal. Auftrags Ermäßigung. Familienangeh. Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. für Brieflieferer 100 000 M.

Nr. 214

Dresden, Donnerstag den 13. September 1923

34. Jahrg.

## Strefemanns Vorschläge

Sachwertfassung und Reparation

Bei dem Empfang der Presse hat gestern Strefemann seine angekündigte Rede gehalten, die die Diskussion über die Lösung des Ruhrproblems forterte. Wie das heute so in Ministerreden üblich ist, sprach er zunächst von den Opfern, die von allen Seiten gebracht werden müssten, und dabei forderte er auch eine Erhöhung der Arbeitsleistung. Das betrafte, so sagte er, sowohl die Frage der Arbeitsintensität als auch die Frage der Arbeitszeit. Es fehlt vollkommen der Beweis, daß sich durch eine Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages etwas Wesentliches an unserer Lage ändern könnte. Wichtig ist, daß wir alles tun müssen, um den Ertrag unserer Produktion zu steigern. Aber weiß denn Herr Strefemann kein anderes Mittel zur Erhöhung der Produktion, als eine „Steigerung der Arbeitsleistung“? Einverstanden sind wir mit ihm insofern, als auch wir meinen, daß innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit die Arbeitsleistung so gesteigert werden muß, wie das ohne Schaden für Leben und Gesundheit des Arbeiters möglich ist. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Verringerung der Arbeitszeit sowie eine Steigerung der Arbeitsintensität führt und es ist anzunehmen, daß auch in Deutschland diese Wirkung an sehr vielen Stellen eintreten wird. Wenn wirklich noch hier und dort die Leistungen des deutschen Arbeiters zu wünschenswerten Maßstäben liegen, so liegt das an der oft unzureichenden Ernährung und an der fortwährenden Verunreinigung des Arbeiters durch die Schwankungen unseres Geldwertes und die Unsicherheit unserer ganzen Verhältnisse. Der deutsche Arbeiter wird sich den achtstündigen Arbeitstag nicht nehmen lassen und wir dem überflüssigen Gebrede von der Verlängerung der Arbeitszeit wird höchstens das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will. Die Erregung in der Arbeiterschaft wird gesteigert und das trägt jedenfalls nicht zu einer Erhöhung der Arbeitsleistung bei. Dem Arbeiter kommt man mit der Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit. Aber dabei kümmert man sich nicht darum, ob die vielen anderen Mittel, die zu einer Steigerung der Produktion führen können, angewandt werden. Wir brauchen z. B. vor allen Dingen eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Aber was geschieht, um auch nur einigermaßen die Sicherheit zu schaffen, daß jeder Landwirt seinen Acker genügend düngt? Die Vorschläge, die von sozialdemokratischer Seite gemacht worden sind, um eine genügende Düngung unserer Felder sicherzustellen, sind von den bürgerlichen Parteien, und auch von der Partei des Herrn Strefemann, abgelehnt worden. Davon, daß wir durch eine planmäßige Organisation unserer Wirtschaft, durch die wir die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und eine gewaltige Steigerung der Produktion erreichen könnten, sprach Herr Strefemann natürlich überhaupt nicht. Mit Genehmigung kann man von der Erklärung Strefemanns Kenntnis nehmen, daß die Frage des wertbeständigen Geldes innerhalb der nächsten beiden Wochen gelöst sein wird. Man kann nur wünschen, daß dieses Versprechen des Reichszanklers in Erfüllung geht. Selbstverständlich wird man nicht erwarten können, daß innerhalb 14 Tagen das wertbeständige Zahlungsmittel auch der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung steht. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels ist eine so schwere Aufgabe, daß sie nicht von heute auf morgen vollendet werden kann. Jedenfalls muß von der Regierung erwartet werden, daß sie so schnell und so energisch als möglich handelt.

Von der größten Bedeutung sind die Ausführungen Strefemanns über das Reparationsproblem. Strefemann erklärte mit aller Entschiedenheit, daß eine Verständigung mit Frankreich notwendig sei. Er ging auf die Ausführungen Poincarés ein, der in seiner letzten Rede erklärte hatte, er zöge positive Sicherheiten den schönsten theoretischen Rechten vor. Der Kanzler sprach sich für die Erfassung der Sachwerte zur Lösung des Reparationsproblems aus. Es sollen auf Reichs- und Privatbesitz Hypotheken zugunsten des Reichs emgetragen werden. Diese Hypotheken sollen einer Treuhändergesellschaft übergeben werden, an deren Verwaltung die Reparationsgelder detailliert sind. Auf Grund dieser Hypotheken soll diese Treuhändergesellschaft durch Ausgabe von Obligationen Anleihen aufnehmen, und so wäre die Möglichkeit gegeben, Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungsmittel zu setzen. Strefemann bekennet sich somit zu der Erfassung der Sachwerte, wie wir sie hier immer wieder gefordert haben, nur mit dem Unterschied, daß wir nicht nur die Eintragung von Hypotheken, sondern die direkte Beteiligung des Reichs an den großen Unternehmungen durch Übernahme von Aktien und Geschäftsanteilen verlangten. Was hätte dem deutschen Volke erspart werden können, wenn man sich schon längst entschlossen hätte, die Erfassung der Sachwerte durchzuführen.

Strefemann ist offenbar der Ansicht, daß die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung nicht tragen können. Er verweist mit Genehmigung auf Anshote, die dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft gemacht seien und die die Höhe der von ihnen vorgeschlagenen Zahlungen erwideln würden. Wir wissen nicht, um welche Angebote es sich handelt. Wieder haben wir mit der Überzeugung unserer Wirtschaftskreisler so schreckliche Erfahrungen gemacht, daß wir erst einmal abwarten wollen, wie diese neuen Angebote der Wirtschaftskreisler aussehen. Leider begeht Strefemann auch denselben Fehler, der bisher mit Ausnahme von Rathenau fast von allen unse-

Staatsmännern bei der Behandlung der Reparationsfrage gemacht wurde, er beschäftigt sich mit der Frage, ob das deutsche Volk die Belastung, die ihm aus der Reparation erwächst, wird ertragen können, geht aber nicht auf das Problem näher ein, wie diese Reparationszahlungen auf die Dauer erfolgen sollen. Es fehlt auch bei ihm der Hinweis, daß größere Zahlungen für Deutschland nur möglich sind, wenn eine internationale Marktwirtschaft es dem deutschen Volke ermöglicht, in großem Umfang die Erzeugnisse seiner Arbeit im Ausland abzusetzen.

Der Kanzler schloß seine Rede mit den Worten, daß es jetzt gelte, den Frieden durch eine Politik der Gerechtigkeit zu erhalten, die geeignet sei, die notwendigen Verbindlichkeiten zu beschleunigen und damit Garantien für einen wirklichen Frieden zu geben. Wollen wir einen wirklichen Frieden, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß den nationalistischen Gegnern, deren Treibereien eine ständige Gefahr für den Frieden der Völker bilden, das Handwerk gelegt wird. Darüber hat leider Herr Strefemann nichts gesagt. Er ist eben von der Deutschen Volkspartei. Die Sozialdemokratie wird es auch in Zukunft als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehen, die nationalistische Pest mit allen Mitteln zu bekämpfen.

### Die Rede des Reichszanklers

Im Presseamt der Reichsregierung hielt der Reichszankler Leo Strefemann vor Vertretern der Presse eine Rede, die eine Antwort auf die letzten Reden Poincarés darstellte. Strefemann führte aus:

Die Lage bietet ein Bild äußerster Spannung, auch im Innern. Unsere Finanzen sind in einer schlimmen Verfassung. Die Wirtschaft führt die Folgen der Abschneidung von der Ruhr und die Folgen einer überhöhten Preis- und Lohnpolitik. Ohne Opfer und ohne Fragen nicht zu lösen. Ein Opfer für das Reich waren die neuen Steuern. Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung den Wunsch gerichtet, in eine Prüfung über Erleichterungen einzutreten. Diesem Wunsch werden wir willfahren. Wo Abhilfen unabweisbar sind, wird eingegriffen werden, aber man muß sich klar sein: Wir müssen dem Staat geben, was das Land erträgt. Gewiß muß, wenn auf diesem Gebiete Last eingegriffen wird — und bei Regelung der außenpolitischen Fragen wird noch weit stärker in den Besitz und die Wirtschaft eingegriffen werden müssen — auch gefordert werden,

daß die Arbeitsleistung gesteigert wird.

Das betrifft sowohl die Frage der Arbeitsintensität wie auch die Frage der Arbeitszeit. Das Kabinett wird sich in den

nächsten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der bergbäuerlichen Produktion im nördlichsten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu erwarten, wenn in 17 Schichten des Steinkohlenbergbaus im unbesetzten Gebiet die Förderung eminent zurückgeht anstatt der Verbesserung, die wir brauchen. Es ist niemand berechtigt, den Staat durch Winderzeugung in dieser Weise zu schädigen.

Die Regierung wird den Wünschen der exportierenden Kreise in bezug auf Erleichterung der Ausfuhrkontrollen und der Ausfuhrabgabe weit entgegenkommen, aber entscheidend ist und bleibt für unsere Zukunft die

### Aufrechterhaltung der Konsumkraft im Innern

und nach dieser Richtung kann die Sozialpolitik, kann die Frage der Arbeitsintensität auch nicht unabhängig von der Preispolitik betrachtet werden.

Der Mährungsverfall ist weit fortgeschritten. Wir haben keine Angst davor gehabt, in bezug auf währungsrechtliche Mittel auch drastische Maßnahmen zu ergreifen, aber damit ist es nicht getan. Nicht allein mit Verboten, mit Beschränkung kann diese Frage technisch gelöst werden, es handelt sich darum, daß daneben positive Maßnahmen erfolgen. Ich glaube, daß innerhalb der nächsten beiden Wochen

### die Frage des wertbeständigen Geldes gelöst sein wird.

Aber die Mark muß Zahlungsmittel bleiben, und alle Maßnahmen bezwecken, irgendeine Stabilisierung der Mark wiederherzustellen. Aber auch hier ist Offenheit besser als Illusion: Ohne Lösung des außenpolitischen Konflikts ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen, der Verfall der Mark nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen. Die Regierung hat sich vom ersten Tage des Amtsantritts an die Lösung des Ruhrkonflikts zur Aufgabe gestellt. Nachpolitisch war diese Frage nicht zu regeln. Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien. Aber die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten. Wir sind im entscheidenden Augenblicke über das Abheben und die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes, ohne Preisgabe deutscher Freiheitsrechte, ohne Preisgabe eines breitgedeuteten deutschen Lebens. Dafür sind wir bereit,

### reale Garantien zu geben.

Der französische Ministerpräsident hat kürzlich erklärt, er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Ruhr habe, den schönsten theoretischen Rechten vor. Er beabsichtigte nicht, Poincaré gegen allgemeine Garantien auszusprechen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, die der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Ruhr gab.

Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haftet für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die

### unmittelbare Heranziehung des Privatbesitzes

und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese Heranziehung des Privatbesitzes ein realisierbares Plan, während die Sicherheiten des Versailler Ver-

## Ein kommunistisches Ultimatum

Die Kommunisten benehmen die bedauerlichen Vorgänge in Dresden zu einem Vorstoß gegen die Regierung. Der kommunistischen Presse wird vom Landesvorstand der K. P. D. geschrieben:

Im vergangenen Freitag hat Zeigner im Reichstag in Dresden in einer Versammlung erklärt, im Falle der Hungerkatastrophe nicht zurückzutreten, und er lehne es ab, mit Polizeimethoden die hungernden Arbeiter zu bekämpfen. Das abermalige Blutbad der Dresdner Polizei hat jetzt die praktische Illustration der Zeignerschen Rede gegeben. Die Polizei der sächsischen Sozialdemokratie lieierte der Arbeiterschaft nach dem Arbeitermord vom 8. Juli in Leipzig in Dresden die zweite Schläge. Das Blutbad war zu verhindern. In der Polizei des sächsischen Polizeipräsidenten Menge sind reaktionäre Offiziere, die auf Arbeiter losgelassen werden. Die kommunistische Partei hat der sächsischen Regierung zur unmittelbaren Vornahme der Rat der Erwerbslosen, Arbeiter und Rentner praktische Vorschläge mehr als einmal unterbreitet. Die Regierung war zu feig. Sie lehnte die elementarsten Maßnahmen ab. Jetzt sieht sie vor einem neuen Blutbad als Ergebnis ihrer Politik. Nach dem Leipziger Blutbad, nach den verübten schändlichen Provokationen in Radeburg, Chemnitz u. a. hat die Regierung aus Furcht vor dem Würgertum seine Generalreinigung des Verwaltungsapparates und der Justiz gewagt. Die einfachsten Forderungen der Kommunisten fanden taube Ohren.

Der Landesvorstand Sachsen der K. P. D. fordert die sächsische Regierung auf, das Demonstreverbot sofort aufzuheben und spätestens bis zum 15. September die an dem Blutbad schuldigen Offiziere sowie die faschistischen Provokatoren in der Polizei zu entlassen und zu bestrafen. Geschieht dies nicht, dann entgeht die kommunistische Partei dieser Regierung sofort ihre Unterstützung.

Als ein regelrechtes Ultimatum an die Regierung. Gaben die sächsischen Kommunisten etwa von höherer Stelle die Weisung bekommen, nach Thüringer Muster unter allen Umständen eine Regierungskrise heranzubekommen? Liegt ihnen daran, auch die letzte rein sozialistische Regierung in Deutschland zu beseitigen? Wir sind es ja gewohnt, wenn die Polizei einmal zur Waffe greift, so wird es von den Kommunisten immer so dargestellt, als ob die Polizei von vornherein darauf ausgegangen sei, ein Blutbad herbeizuführen. Immer nun irgendeine faschistische oder reaktionäre Niederträchtigkeit dahinterzudenken, die noch kommunistischer Darstellung von der Sozialdemokratie wohlwollend gebüh-

wird. Aber nie lesen wir in der kommunistischen Presse eine Warnung an die Elemente, die durch ihr Verhalten die Polizei zwingen, sich zur Wehr zu setzen. In dem Dresdner Fall ist ausdrücklich festgestellt worden, daß niemand einen Befehl zum Schießen gegeben hat, sondern daß einzelne Beamte zur Waffe griffen, weil sie von einem Hagel von Steinen und Glasplittern überhüllt wurden. Wollen wirklich die Kommunisten die Meinung vertreten, daß Polizeibeamte verpflichtet sind, sich widerstandslos mitanzusehen und totzuschlagen zu lassen?

Selbstverständlich müssen die Dresdner Vorgänge gründlich untersucht werden. Die Aufhebung des Demonstreverbots ist bereits beschlossen worden, nicht weil die Kommunisten die Aufhebung fordern, sondern aus politischen Gründen. Der Beschluß war bereits gefaßt, ehe das kommunistische Ultimatum bekannt wurde. Aber die Regierung ist selbstverständlich nicht der Lage, die „an dem Blutbad Schuldigen“ zu entlassen, wenn solche Schuldigen nicht festzustellen sind. Sie kann nicht einfach irgendwelche Beamte auf die Straße setzen, weil das die Kommunisten zur Befriedigung ihres Agitationsbedürfnisses fordern. Stürzen die Kommunisten jetzt die Regierung Zeigner, weil sie eine einfach unmögliche Forderung nicht erfüllt, so würde das nur beweisen, daß die Kommunisten schon längst auf einen Vorwand gewartet haben, um der Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien ein Ende zu machen. Der Arbeiterkampf müßte es dann überlassen bleiben, ihr Urteil über das betrübliche Treiben der Kommunisten zu fällen.

In der Aufschrift des Landesvorstandes der K. P. D. wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie keine Generalreinigung des Verwaltungs- und Justizapparates gewagt habe. Die Kommunisten wissen genau, wieviel die Regierung Zeigner schon getan hat, um den Verwaltungsapparat mit zuverlässigen Persönlichkeiten zu durchsetzen. Aber man kann von den Kommunisten nicht erwarten, daß sie jemals die Leistungen einer sozialdemokratischen Regierung anerkennen. Sie leben davon, daß sie die Sozialdemokratie verurteilen, daß sie den Arbeitern immer wieder erzählen, wie sehr die Sozialdemokratie verlaßt sei. Es ist nur zu schade, daß die Herrschaften nicht endlich bereit sind, selbst in die Regierung einzutreten. Dann könnten sie ja zeigen, wie es besser gemacht werden kann.